



Positionspapier Pestizidreduktion, 28. Oktober 2017

Unsere Gesellschaft hat den Bauern ein außerordentliches Privileg gegeben. Chemikalien, die von allen anderen Teilen unserer Gesellschaft nur unter strengsten Auflagen hergestellt und gelagert werden dürfen werden den Bauern überantwortet um von diesen gezielt und fein verteilt auf landwirtschaftlichen Nutzflächen im ganzen Land zur Ertragssteigerung ausgebracht zu werden. Jede Pestizidbringung ist ein Eingriff in unseren Naturhaushalt. Um schädigende Wirkungen auf den Naturhaushalt, die Gesundheit des Anwenders und die erzeugten Lebensmittel so gering wie möglich zu halten hat unsere Gesellschaft Labore ausgerüstet und hochqualifizierte Wissenschaftler angestellt, die Zulassungsbedingungen und Anwendungsaufgaben festlegen und kontrollieren. Auf jeden Eingriff in den Naturhaushalt reagiert die Natur um ein Gleichgewicht wiederherzustellen (Ökologie=Wechselwirkungen zwischen belebter und unbelebter Umwelt). Der Bauer bemerkt davon in der Regel nur einen Teil, die sogenannte Resistenzbildung. Einzelne Schadorganismen wurden von dem gegen sie ausgebrachten Pestizid nicht getötet und können sich vermehren und ihre Unempfindlichkeit gegen das eingesetzte Pestizid an ihre Nachkommen vererben. So entsteht eine neue Population des Schaderregers. Dabei gehorcht diese Reaktion der Resistenzbildung bestimmten Gesetzmäßigkeiten: die Resistenzen entstehen schneller je höher die eingesetzte Konzentration, je öfter eine Behandlung erfolgt, je kürzer die Intervalle, je größer die zusammenhängende behandelte Fläche, je einseitiger die Mittelauswahl und je größer das Vermehrungspotential des Schaderregers ist. So führt z. B. das hohe Vermehrungspotential von Pilzen und Hefen zu schnellen Resistenzen bei Fungiziden. Darum gibt es heute ein ganzes Arsenal von Fungiziden. Pestizide scheinen wegen der Resistenzbildung das Perpetuum mobile, das todsichere Geschäftsmodell für die chemische Industrie. Allerdings erweist es sich als zunehmend schwierig die schädigenden Wirkungen auf den Naturhaushalt, die Gesundheit des Anwenders und die erzeugten Lebensmittel auf ein vertretbares Maß zu beschränken. Eine zunehmende Zahl von Bauern erkennt den Teufelskreis und weigert sich als Katalysator der chemischen Industrie zu dienen. In unserer Gesellschaft nimmt die kontroverse Diskussion ob des außerordentlichen Privilegs für die Bauern Fahrt auf. Insbesondere fragt die Gesellschaft nach den Kosten. Die Institutionen der Pestizidzulassung auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene haben eine Größe und damit eine Kostensituation erreicht, die das außerordentliche Privileg der chemischen Landwirtschaft in Frage stellt. **Warum soll unsere Gesellschaft für die Bauern so hohe Kosten wie die für die Pestizidzulassungsinstitutionen aufbringen? Steht die Ertragssteigerung durch die Pestizidbringungen noch in einem vertretbaren Verhältnis zu den Kosten und Schädwirkungen auf den Naturhaushalt?** Zur Beantwortung dieser Frage muss ein weiteres einzigartiges Privileg der Bauern berücksichtigt werden. Als einzige Berufsgruppe erhalten die Bauern bundesweit ca. 40% ihres Einkommens von unserer Gesellschaft. In Deutschland ca. 6 Mrd Euro jährlich. **Warum bekommen die Bauern diese Zuwendung und nicht die Altenpflegerinnen?** (GAP=Gemeinsame Altenpflege-Politik?) Bei unserer überalterten Gesellschaft werden Pflegeberufe dringend gebraucht, Nahrungsmittel gibt es wie Sand am Meer aus allen Teilen der Welt und kostengünstig. **Sollten wir den freien Wettbewerb in der Landwirtschaft wieder einführen?**

Mit dem außerordentlichen Privileg der Pestizidanwendung bringt unsere Gesellschaft den Bauern ein außerordentliches Vertrauen entgegen und erwartet vom Anwender einen verantwortungsvollen Umgang mit den Umweltchemikalien. Das Bewusstsein um die Gefahren der Anwendung für den Naturhaushalt sollte der Bauer stets bewahren. Unsere Gesellschaft vertraut darauf, dass der Bauer die Vorschriften und Auflagen genau beachtet und darüber hinaus in eigener Verantwortung die grundlegenden Vorgaben erfüllt. Insbesondere vertraut unsere Gesellschaft darauf, dass der Bauer die Spritzbrühe nach Vorschrift ansetzt, kein Gift in den Kanal gelangen lässt und insbesondere die

chemischen Substanzen nur auf die Zielfläche ausbringt. Natürlich wird vom Anwender erwartet stets nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik zu handeln. Vorsätzliche Fehlanwendungen (z.B. bei starkem Wind oder auf Grasswegen) oder Anwendungen mit vollkommen veralteter Technik durch einzelne Bauern zerstören nachhaltig das partnerschaftliche Vertrauensverhältnis.

Es ist im Interesse des Bauern, dass die Zulassungsinstitutionen z. B. krebserregende Substanzen von der Zulassung ausschließt.

Gibt es in der Landwirtschaft eine Ethik? Z.B. beim Einsatz von Herbiziden auf Getreide zur Sikkation? Schließlich soll daraus unser täglich Brot werden. Hier ist auch eine Quelle der Kontamination von Honig durch kontaminierte Kornblumen.

Für uns nicht nachvollziehbar ist die Aussage des Landesbediensteten Uwe Harzer in Bezug zur Zulassung von Pestiziden bei den Agrartagen Rhh 2017 in Nieder-Olm, dass alles natürlich von Greenpeace gesteuert sei. Noch mehr hat uns erstaunt, dass von den anwesenden Verbandsvertretern und Mitarbeitern aus Ministerium und Landwirtschaftsverwaltung keine Richtigstellung angemahnt wurde sondern Herr Harzer mit großem Applaus bedacht wurde.

Der aktuelle Stand der Rückstandsbelastung mit Pestiziden in Bienenprodukten:

Glyphosat in ca. 7% der Honige, 1% nicht mehr verkehrsfähig (Honig mit Kornblumenanteil)
2016 waren die Rückstände fast ausschließlich in Bienenbrot (Blütenpollen im Bienenstock) mit 96% und ca. 80% nicht mehr verkehrsfähig
2017 hat es eine dramatische Veränderung gegeben, bis zu 15% der Raps Honige sind mit Rückständen belastet. Damit hat der Raps seine Pol-Position ausgebaut.

Unsere Vorschläge:

1. Schaffung der Rahmenbedingungen für den Einsatz der Dropleg-Technik 2018 im Rapsanbau.
2. Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die Kultur für Kultur betrachtet, welche Rückstände, welche Wirkstoffe, welche Applikationstechnik, was kann der Bauer tun? Muss die Zulassungsbehörde etwas ändern?...
3. das MWVLW richtet ein Monitoring ein um die Erfolge bei der Rückstandsreduzierung sichtbar zu machen
4. Einführung einer „Abwrackprämie“ für alte Pestizidspritzgeräte. Wir finden es toll, dass Minister Wissing für den Einsatz von Drohnen wirbt, aber zuerst müssen die museumsreifen Altgeräte aus dem Verkehr genommen werden.
5. bei Feldbegehungen sollten statt wie bisher eines staatlichen Beraters für konventionellen Anbau in Begleitung eines Vertreters eines Chemiekonzernes letzterer durch einen Berater für Ökolandbau ersetzt werden.
6. mehr Kontrollen und Entzug des PSM-Führerscheins bei vorsätzlichen Verstößen, das schützt die Mehrheit der Bauern und deren Ruf (die in neueste Technik investieren und vorbildlich arbeiten) und richtet sich aber gegen die schwarzen Schafe.
7. Schaffung eines europaweiten Umweltkatasters in das auch alle Daten der Pestizidanwendungen von den Bauern eingetragen werden.